

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Riesa.
Grenzstr. 22.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonton: Dresden 1539
Circulose Riesa Nr. 22.

Nr. 257.

Sonnabend, 3. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 3. 11. bis 3. 11. 24 (einschl. Bringerlohn). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wägen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Stellen) 120 Mk.; die 89 mm breite Zeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postanschrift und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittmar, Riesa. Zirkulationszahl: 100 Millionen.

Rücktritt der sozialistischen Reichsminister.

Das Ende der Großen Koalition.

In ihrer getragenen Fraktionsführung beschloß die sozialdemokratische Fraktion nach einem Beserat des Abgeordneten Müller-Branden, ihre Mitglieder aus dem Kabinett Stresemann sofort zurückzuziehen. Der Beschluß wurde mit allen gegen 16 Stimmen gefaßt.

Nach der Fraktionslösung der Sozialdemokratischen Partei wurde der Reichskanzler von dem Beschluß der Fraktion in Kenntnis gesetzt, die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts, Reichsinnenminister Seemann, Reichsjustizminister Dr. Hübner und Reichsminister für Wiederbeschaffung Robert Schmidt würden aus dem Kabinett ausscheiden.

Das Demissionsgesuch angenommen.

Der Reichskanzler hat das Demissionsgesuch der drei sozialdemokratischen Reichsminister entgegengenommen und dem Reichspräsidenten zur Entscheidung weitergeleitet.

Der Reichskanzler zur Lage.

In der getragenen Besprechung mit den Führern der sozialdemokratischen Partei und den Führern der bürgerlichen Koalitionsparteien führte der Reichskanzler auf Grund der vorangegangenen Aussprache mit den nicht-sozialdemokratischen Ministern folgendes aus: Durch die Tatsache, daß es die sozialdemokratische Partei für richtig befunden hat, ihre Forderungen durch die Presse bekannt zu geben, sei die Situation außerordentlich erleichtert worden. Selbst wenn die Mehrheit des Reichskabinetts an sich eine Möglichkeit gesehen hätte, den sozialdemokratischen Forderungen zu entsprechen, so sei durch die Veröffentlichung ein derartiges Entgegenkommen der Reichsregierung fast ausgeschlossen worden, weil damit der Eindruck erweckt worden wäre, daß die Reichsregierung sich dem Willen einer einzelnen Partei beuge und ihre Handlungen von der Sozialdemokratie diktiert ließe. Der Vorwurf, den weite Volkskreise bisher mit Unrecht gegen das Kabinett Stresemann erhoben hätten, daß es unter bestimmtem marxistischem Einfluß leide und handle, wäre dann in der Deutlichkeit als richtig und erwiesen angenommen worden. Aber auch sachlich seien der Reichskanzler und die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts nicht in der Lage, den sozialdemokratischen Forderungen zu entsprechen. Weder die allgemeine innerpolitische Lage, noch vor allem die Verhältnisse in Sachsen und an der bayerisch-fränkischen Grenze gestatteten zur Zeit eine Aufhebung des Ausnahmezustandes oder seine Abänderung in eine Form, die die vollständige Gewalt einer Zivilbehörde übertrage. Auch einen Zeitpunkt anzugeben, an dem die an sich sicherlich erwünschte Aufhebung des Ausnahmezustandes erfolgen könne, sei unter den obwaltenden Umständen nicht möglich. Dies sei abhängig von der ganzen Entwicklung der Verhältnisse. Daneben würde durch eine Abänderung des Ausnahmezustandes in diesem Augenblick auf Grund der sozialdemokratischen Forderungen in der Reichswehr, die versäumnis- und pflichtgetreu ihre Schuldigkeit getan habe und tue, das für sie und die Reichsregierung nicht tragbare

Gefühl erweckt werden, daß der Reichswehr auf Verlangen einer politischen Partei hin unangebrachtes Mißtrauen gezeigt würde.

Was wird nun geschehen?

Auf die Frage, was nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung geschehen werde, werden von den Blättern zwei Möglichkeiten genannt: entweder der Reichskanzler erklärt den Rücktritt des gesamten Kabinetts oder es findet eine Ergänzung des jetzigen Kabinetts statt. In parlamentarischen Kreisen hält man die letztere Möglichkeit für die wahrscheinlichere. Man spricht von der Bildung einer Regierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, also aus Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei. Als wichtigste Folge des Verfalls der großen Koalition wird von den Blättern das Aufheben des Ermächtigungsgesetzes bezeichnet. Die auf Grund des Gesetzes erlassenen Verordnungen bleiben jedoch in Kraft. Die weiteren Maßnahmen der Regierung können nach dem Vorfall des Ermächtigungsgesetzes auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ergriffen werden.

Ueber das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei schreibt der „Vorwärts“, daß das Reichskabinett auf eine Unterstützung der Sozialdemokratie nicht mehr rechnen könne. Die Sozialdemokratie werde es jedoch auch außerhalb der Regierung nicht unterlassen, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen zwischen ihren überlegenen Kampfmethoden und den sinnlosen Putschaktionen der Kommunisten.

Daß der Verfall der großen Koalition im Reich nun auch eine Sprengung der großen Koalition in Preußen zur Folge haben würde, wird von den Blättern als unwahrscheinlich bezeichnet. Das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten hielten in Preußen an der großen Koalition fest. Die Stellung der Deutschen Volkspartei steht noch nicht fest.

Stresemann will mit dem Kumpfkabinetts beginnen.

Wie wir von unterrichteten Kreisen hören, wird der Reichskanzler mit dem ihm verbleibenden Kabinett die Regierungsgeschäfte zunächst weiter führen und versuchen, eine Ergänzung des Kabinetts in dieser oder jener Form vorzunehmen, damit keine Unterbrechung in den Regierungsgeschäften geschieht. Das Ermächtigungsgesetz sei nur formell erlassen, da es nach seiner Fassung wäre, wenn eine parteipolitische Änderung in der Zusammensetzung des Reichskabinetts erfolgt, es seien aber bereits die nötigen Verordnungen erlassen, die Gültigkeit behalten.

Reichsorganisationsfrage?

Der „Berliner Sozialist“ schreibt: Sollten sich wider Erwarten im Reichstage sehr erhebliche Schwierigkeiten für die Weiterführung der Arbeiten durch das Kumpfkabinetts ergeben und sollte dabei die Neubildung einer Regierung, die eine parlamentarische Mehrheit finden sollte, sich als unmöglich erweisen, so würde man unter Umständen wieder mit der Möglichkeit einer Reichsorganisationsfrage rechnen haben.

Poincarés Sanguine.

Napoleon I. hat in seinen Lebenserinnerungen einmal die nachstehende, durch die Geschichte immer wieder bestätigte Erfahrung niedergeschrieben: „Wegen Deutschland habe ich vor allem den Blick gewendet. Zwisshst brauchte ich nicht zu flüchten unter ihnen, denn die Einigkeit war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Rede brauchte ich zu stellen, und sie liefen mir wie schneeweißes Bild von selbst hinein. Untereinander haben sie sich erpirt und glaubten, damit erlöht ihre Pflicht zu tun. Leichtgläubiger ist kein Volk gewesen und töricht kein anderes auf Erden. Keine Lüge ist so groß erformt worden, der sie nicht in unbegreiflicher Überheißung glauben beigewiesen hätten. Die törichte Mißgunst, womit sie sich untereinander angefeindet, habe ich zu meinem Gewinn wohl gehegt. Immer haben sie mich Echtheit gegeneinander als gegen den wahren Feind gezeigt.“

Ungefähr ein Jahrhundert, nachdem diese Worte niedergeschrieben waren, hat das deutsche Volk wieder einmal den geschichtlichen Beweis für die Feststellungen des großen Menschenkenners und Völkerkenners erbracht. Mit vollendetester Meisterhaftigkeit haben die Völker der Entente in der Vorbereitung und im Verlaufe des Weltkrieges die deutsche Schwäche der Leichtgläubigkeit gegenüber feindlichen Einführungen und der Selbstverleugungsgier auszunutzen gewußt. Das Märchen vom deutschen Nationalismus und von der monarchischen Despotie hat nirgendwo so ernsthaften Glauben gefunden, wie in Deutschland selbst, das seinen französischen Verbündeten lediglich der mitterhätigen Organisation des Wehrgedankens unmittelbar feindlicher Völker zu verdanken hatte, und das sich der bürgerlich freieren und vor allen Dingen lauberensten Verfassung der Welt zu erfreuen hatte, von den Errungenschaften einer musterhaften Sozialfürsorge ganz abgesehen. Im Vertrauen auf die Wehrmacht-Quelle hat das deutsche Volk, während der Feind an den Grenzen stand, gegen seine Führer rebelliert und hat den Lohn für seine Leichtgläubigkeit empfangen. Monarchie und Wehrmacht sind befristet. Nun gilt es, um den letzten Rest nationalen Selbstwillens und völkischen Zusammengehörigkeitsgefühles zu erlöten, neue „große Lügen“ für die „unbegreifliche Überheißung“ der Deutschen zu erfinden, um dem Napoleon zu irren.

Der kleine Napoleon Poincaré macht seinem Lehrmeister Ehre. Er bemüht sich, nicht nur in der Welt, sondern auch im deutschen Volke den Eindruck zu erwecken, als sei nicht Frankreichs Rachsucht und Vernichtungswille, sondern Deutschlands Verfochttheit und Zahlungsweigerung an dem gegenwärtigen Chaos schuld. Die breite Masse, die am eigenen Leibe die Folgen einer über eigenen Willen erfüllten Kontributionspolitik verspüren, sollen zu den wirtschaftlich führenden Schichten, besonders zur Industrie und zur Landwirtschaft, in einem Gegenstand hineingetrieben werden, dessen Aufmerksamkeit die Nähe der Verzerrung dieser letzten Wohlstandsquellen abnimmt. So schmeißt Poincaré in jeder seiner Reden von den „ungeheuren Reichumsquellen“ der deutschen Wirtschaft und daß in einer Zeit, in der die Industrie gezwungen wird, einen Betrieb nach dem anderen stillzuliegen, in der das Reich nicht über hinreichende Zahlungsmittel verfügt, um der Landwirtschaft die Ernte in einer Form zu vergüten, die eine Beschaffung neuen Saatgutes und der wichtigsten Betriebsbedürfnisse sicherstellen. Der Hinweis auf die „Propaganda der Romanche und des Dasses“ soll ebenfalls die deutschen Volksschichten gegeneinander erbittern, obwohl eigentlich jedes Kind wissen mußte, daß angeht die französische Schreckensherrschaft eine ausdrückliche Propaganda gar nicht nötig wäre.

Wir erleben das gleiche Schauspiel wie vor dem Kriege und während des Krieges, als keine Lüge der Feinde gegen das deutsche Regierungssystem zu nebetraglich war, als daß sie nicht Verbreitung und Glauben gefunden hätte.

Der Vertrag Krupp mit den Franzosen unterzeichnet.

Es verlautet, daß gestern nachmittag der Vertrag mit der Krupp-Werke unterzeichnet worden sei. Für Krupp hätten die Herren Sorge, Förster und Börsen unterschrieben. Die näheren Bedingungen konnten noch nicht veröffentlicht werden, weil noch Verhandlungen mit Zinnes im Gange seien, die dadurch beeinflusst werden könnten. Es wird nun gesagt, daß die Abmachungen zum größten Teil die Kohlensteuer betreffen, die in ausländischen Devisen bezahlt werden muß. Der Krupp-Werke wurde ab dem 1. 11. bis zum 31. 12. 24 ein Rabatt von 10% auf die

erhalten. Die Arbeit in den Feindwerken soll bereits heute beginnen und allmählich den früheren Leistungen angenähert werden.

Die englisch-französische Auseinandersetzung über den französischen Separatismus.

Der amtliche englische Schritt gegen die französische „Unterstützung“, das heißt Hervorhebung und künstliche Lebensdauerhaltung der sogenannten separatistischen Bewegung, wird in Paris, so unangenehm man ihn zur Zeit empfindet, nicht allzu traurig genommen. Seitdem England ähnlich wie Deutschland, in die Stellung eines notenscheidenden Handlungsaufweisenden Staates gedrängt ist, macht man sich die Behandlung englischer Wünsche sehr leicht. Festenfalls läßt man unverbändliche allgemein gehaltene Erklärungen ab, ohne in der Sache irgendwas auch nur einen Schritt entgegenzukommen. Die offizielle Antwort Frankreichs geht in dieser Richtung noch weiter. Während bisher Frankreich völlige Interessenlosigkeit an innerdeutschen Angelegenheiten betont worden war, bemüht man sich kaum noch, die französischen Wägen zu lenken. Offen gibt der „Temps“ an, daß Frankreich seine Finger in dem Kartenspiel am Spiel habe, welches hoch zu den „innerdeutschen“ Anleihenarbeiten gehört, und weit die Auffassung Englands zurück, als schränke der Friedensvertrag die Befugnisse Frankreichs nach dieser Richtung ein und schreibe die Lösung der deutschen Verhältnisse vor. Weil Deutschland den Eintritt in den Völkerbund und die damit verbundene Anerkennung des jetzigen Verhältnisses, wie er durch den Friedensvertrag geschaffen ist, immer noch hinausdrängt, deshalb brauche Frankreich die deutschen Grenzen auch solange nicht anzuerkennen. Man ist es hinlänglich bekannt, daß gerade Frankreich bisher Deutschland den Eintritt in den Völkerbund unendlich gemocht hat durch seine Weigerung, Deutschland als gleichberechtigter anzuerkennen, sowie durch seine ganze politische Haltung in Genf. In Richtung der Erklärung der Verhältnisse ist diese neue „Begründung“ der französischen Einmischung und Hauptpolitik von größtem politischen Wert. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Regierung diesem Standpunkt ihres offiziellen Blattes auch offiziell anschließen wird.

Die Londoner „Daily News“ führt in einem „Ein schmeißendes Geschäft“ überschriebenen Leitartikel aus, Frankreich könne natürlich ein Verprechen, Reparationen zu bezahlen, von jener Seite von Abenteurern und Spionagen erlangen, für die der Watin „moralische Autorität“ beansprucht. Diese würden wahrscheinlich alles versprechen, aber Frankreich könne von ihnen Reparationen nicht erwarten, da sie auf Grund der Bedingungen des Friedensvertrages nicht auf einen Kontrakt zwischen den Alliierten und Deutschland war. Poincaré habe gestern von neuem versichert, daß der Versailler Vertrag ein „heiliges Ding“ für Frankreich sei, daß er „mit Blut besiegelt“ sei und daß Frankreich nicht zulassen würde, daß er angefaßt werde. Daily News erklärt, es erweise keineswegs unverschämte, Poincaré daran zu erinnern, daß viel Blut, das nicht französisches Blut war, für den Versailler Vertrag vergossen wurde und daß es Frankreich sei, das im gegenwärtigen Augenblick diesen Vertrag zerreißt.

Au unsere Leser!

Die Bezugspreise der Zeitungen bleiben trotz der Erhöhungen in jeder Woche immer weiter hinter den Herstellungskosten der Zeitungen zurück und reichen nicht aus, um die Kosten des Nachrichtenendienstes, die Wägen und Gehälter zu bezahlen, während Gries für das verdruete Papier bei diesen Bezugspreisen überhaupt nicht mehr zu beschaffen ist. Infolgedessen bringen die Zeitungen wie kein anderes Unternehmen, solange es geht, richtige Opfer, denn selbst bei über den Friedensstand hinausgehenden Bezugspreisen können die Zeitungen nicht einmal mehr die Materialkosten weder aus Bezugs- noch Anzeigenpreisen decken. Nach der letzten amtlichen Notierung sollte ein Bogen Zeitungsdrukpapier, der in Goldmark bezahlt werden muß, neunzig Millionen Mark gegen früher zwanzig Mark. Die neuen Erhöhungen der Post-, Telegraphen- und Telefongebühren wirken sich im Zeitungsbereich begreiflicherweise verheerend aus. Alles dies in Zusammenwirkung mit den anderen seit einer Woche wieder maßlos gestiegenen Belastungen der Zeitungen und dem neuen Markkurs zwingt die Zeitungen in ganz Deutschland auch bei größter Rücksichtnahme auf ihre Bezahler zu entsprechenden neuen Erhöhungen, die der unterzeichnete Verlag wiederum so niedrig wie nur denkbar bemessen hat.

Verlag des Riesauer Tageblattes.

Für die Zeit vom 3. bis 9. November kostet das Riesauer Tageblatt 37 Milliarden Mark einschließlich Bringerlohn.

Wir bitten unsere Bezahler, diesen Betrag möglichst unter Vermeldung ihrer Scheine rechtzeitig an heute bereitgehaltenen, damit unseren Zeitungsböten das Entlasten und die Abrechnung mit der Geschäftsstelle erleichtert wird. Auswärtiges Postgeld wird nicht in Zahlung genommen.

Die Bezahler, die am Sonnabend, den 3. November (1. Tag der neuen Bezugswoche), die Zeitung entgegennehmen, befinden dadurch ihr Einverständnis mit der Weiterlieferung und sind zur Weiterzahlung verpflichtet, falls sie nicht die angelegte Zeitung dem zum Kassieren des Bezugspreises weiter vorstehenden Boten zurückgeben.